

# Landshuter Zeitung

Niederbayerisches Heimatblatt für Stadt und Land · Gegründet 1849

Nummer 146

Herz Mariä, Harald – Samstag, 28. Juni 2014 – Irenäus

1,60 € / B 4428 A

## LOKALES

Kleinkrieg mit infamen Mitteln belastet die hiesige Kulturszene

## REGIONALES

Grünes Licht für das Windanlagenkonzept der Region Donau-Wald

## DIE SEITE DREI

Am Montag könnte der Pistorius-Prozess schon vorbei sein

## WIRTSCHAFT

Ab 1. Juli gelten neue Regeln für Verbraucherinsolvenz

## SPORT

Golfer Martin Kaymer scheitert bei den BMW Open am Cut

## Gipfel gibt grünes Licht für Juncker als Kommissionschef

EU-Spitzen kommen Briten bei weiteren Personalien entgegen – Partnerschaftsabkommen mit Ukraine

Brüssel. (dpa) Nach der umstrittenen Nominierung Jean-Claude Junckers zum nächsten EU-Kommissionspräsidenten versuchen Europas Staats- und Regierungschefs, tiefe Risse in der EU zu kitten. Beim EU-Gipfel kamen die Staatenlenker dem britischen Premier David Cameron entgegen, der in der Kampfabstimmung gegen Juncker votiert hatte. In der Abschlusserklärung erkennen die Staatenlenker das Recht von Ländern an, bei der weiteren Integration der EU nicht mitzugehen. „Das Vereinigte Königreich hat einige Befürchtungen über die künftige Entwicklung der EU vorgebracht. Diese Sorgen müssen aufgegriffen werden“, heißt es.

Auch Ungarn stimmte gegen Juncker (59), der vom November an die EU-Behörde leiten soll. 26 Staatenlenker votierten für Juncker, auch Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Die Abstimmung war ein absolutes Novum. Bisher wurde der Chef der mächtigen Behörde einvernehmlich von den „Chefs“ bestimmt.

Der frühere Luxemburger Premier muss am 16. Juli noch vom Europaparlament bestätigt werden. Dafür sind mindestens 376 der insgesamt 751 Stimmen nötig. Da die Sozialdemokraten bereits signalisierten, dass sie Juncker wählen wollen, hat er gute Chancen, auch diese Hürde zu überwinden. Junckers Europäische Volkspartei (EVP) ist die stärkste Fraktion in der Volksvertretung. Cameron hatte mehrfach erklärt, er halte den frü-

heren Euro-Retter als ungeeignet für das Brüsseler Spitzenamt.

Ein weiteres Trostpflaster für Cameron ist, dass die künftigen Top-posten nicht gegen den Widerstand eines Landes besetzt werden sollen. Das verlautete zuverlässig am Rande des Spitzentreffens. Bis zum Herbst muss sich die EU über ein umfassendes Personalpaket einigen. Dieses könnte bei einer Sondersitzung am 16. Juli unter Dach und Fach gebracht werden.

In der Ukraine-Krise verschärfte der Gipfel indes den Ton und stellte Russland ein Ultimatum von 72 Stunden. Bis Montag müsse Russland „substanzielle Verhandlungen“ über den Friedensplan des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko aufnehmen.

Beim Sondergipfel im Mitte Juli wollen die Staats- und Regierungschefs auch über weitere Sanktionen gegen Moskau beraten. Seit längerem werden Wirtschaftssanktionen gegen Moskau erwogen. Bislang hat die EU gegen 61 Personen Einreiseverbote und Kontensperrungen verhängt. „Es können Sanktionen dieser und jener Stufe sein“, sagte Merkel.

Die EU-„Chefs“ unterzeichneten beim Gipfel mit der Ukraine ein jahrelang umstrittenes Partnerschaftsabkommen. Das sieht eine enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit vor. Auch Georgien und die Republik Moldau unterzeichneten Assoziierungsabkommen. Alle drei Staaten hoffen auf einen späteren EU-Beitritt, der aber nicht versprochen wird. *Seiten 6/7*



BAYERN OHNE BARRIEREN ALS ZIEL: Sozialministerin Emilia Müller (CSU) kündigte ein Sonderinvestitionsprogramm der Staatsregierung an, um die öffentlichen Bauten Bayerns bis 2023 barrierefrei zu machen. Eine Summe nannte Müller am Freitag in München nicht, da die Haushaltsverhandlungen noch laufen. Klar ist jedoch, dass die Oberpfälzer CSU-Bezirksvorsitzende ehrgeizige Ziele hat: „Das wird eine größere finanzielle Herausforderung, nicht nur eine bauliche“, sagte sie. *Seite 4*

## Natur hat im Landkreis gute Karten

Neues Quartettspiel stellt „Kinderstube“ der großen Bäche und Flüsse vor

Landshut. (mü) Die Natur hat im Landkreis Landshut im wahrsten Sinne des Wortes gute Karten. Einerseits sind zwar viele kleine Bäche immer noch meilenweit von ihrem ursprünglichen und natürlichen Zustand entfernt, andererseits gibt es aber jede Menge vielversprechende Lösungsansätze zum Natur-, Gewässer- und Hochwasserschutz. Welche Trümpfe die Kommunen in der Region mit den „Gewässern dritter Ordnung“ in der Hand haben, kann man nunmehr selbst „ausspielen“ – mit dem Quartett „Kleine Fließgewässer in Niederbayern“.

Das Kartenspiel hat der Landshuter Landschaftsarchitekt Helmut Wartner entwickelt, um den Stellenwert der „Kinderstube der großen Bäche und Flüsse“ einfach und anschaulich zu vermitteln, sodass vor allem Schülern und Familien mit Kindern ein spielerischer Zugang zu diesem wichtigen Thema



Mit dem Kartenspiel „Kleine Fließgewässer in Niederbayern“ können Familien mit Kindern die Natur einmal anders entdecken. *(Foto: mü)*

eröffnet wird. Außerdem waren die Untere Naturschutzbehörde des Landratsamts Landshut, das Wasserwirtschaftsamt Landshut, der Fischereiverband Niederbayern so-

wie die Bund-Naturschutz-Kreisgruppe Landshut an der Produktion des Quartettspiels beteiligt, das in einer Auflage von 3000 Stück überwiegend in Schulen verteilt wird.

## Bewaffnete Drohnen der USA über Bagdad

Bagdad. (dpa) Im Kampf gegen die Terrorgruppe Isis weiten die USA ihren militärischen Einsatz im Irak aus. Laut CNN begann das US-Militär mit Flügen bewaffneter Drohnen über der Hauptstadt Bagdad. Die Flugzeuge stünden nicht für Luftangriffe gegen Isis-Kämpfer zur Verfügung, sondern dienen dem Schutz von US-Soldaten, berichtete der Sender unter Berufung auf Regierungsbeamte. Bis Freitag war vonseiten der USA lediglich von Flügen unbewaffneter Drohnen im Irak die Rede gewesen. *Seite 6*

## Schwarz-Rot drückt Ökostromreform durch

Opposition hält Gesetzbündel für Mogelpackung – Das letzte Wort hat nun Brüssel

Berlin. (dpa) Grünes Licht im Bundestag, aber noch keine Entwarnung aus Brüssel: Die große Koalition hat am Freitag nahezu geschlossen ihre umstrittene Ökostromreform durch das Parlament gebracht. Grüne und Linke lehnten das Gesetzbündel ab. Die Opposition warf Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) vor, die Erneuerbaren abzuwürgen und die Industrie auf Kosten der Bürger zu schonen.

Ob das zentrale Regierungsprojekt von Union und SPD wie geplant am 1. August in Kraft treten kann, ist noch unsicher. Die EU-Kommission kritisiert, dass ausländische Stromanbieter beim deutschen Fördersystem benachteiligt werden könnten. Bei der Abstimmung erreichte Schwarz-Rot eine

Mehrheit von knapp 78 Prozent. Bei der Union gab es – bei zwei Enthaltungen – lediglich 13 Nein-Stimmen, darunter war Ex-Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU). Bei den Sozialdemokraten wurden ein Nein und fünf Enthaltungen gezählt.

Gabriel meinte, die Reform sei ein erster Schritt, um die Energiewende aus dem Treibsand zu bekommen. „Wir müssen dafür sorgen, dass die Kosten nicht weiter explodieren. Das ist für Bevölkerung und Wirtschaft kaum tragbar.“

Mit verbindlichen Ausbauzielen, Förderkürzungen und mehr Wettbewerb sollen nach Ansicht der Koalition die Kosten beim Grünstrom-Ausbau bis 2017 zumindest stabil bleiben. Ein Haushalt mit einem

Jahresverbrauch von 3500 Kilowattstunden zahlt über die Stromrechnung derzeit netto 218 Euro EEG-Umlage im Jahr.

Die Opposition hält das Gesetzbündel für eine Mogelpackung. „Eine Strompreisbremse für die Verbraucher wird es nicht geben, aber eine Strompreisbremse für die Industrie“, sagte Linken-Fraktionsvize Caren Lay. Auch die Grünen sind sauer: „Sigmar Gabriel ist die Abrissbirne, die die erneuerbaren Energien in diesem Land kaputtmacht“, sagte Fraktionsvize Oliver Krischer.

Gabriel verteidigte sich. Es sei Verleumdung, von einem Ausbremsen der Erneuerbaren zu sprechen. Der Bau neuer Windräder an Land von 2500 Megawatt pro Jahr bleibe